

# Glanz und Elend des Politisierens

von Meinhard Creydt

Protestanten meinen, sie hätten jeweils als Individuum eine unmittelbare Beziehung zu Gott. Politisierende Menschen glauben, zur Gesellschaft so umstandslos Stellung nehmen zu können, als sei sie ihnen direkt zugänglich. Der politisierende Verstand nimmt die Realität durch die Brille seiner Deutungen wahr. Im politischen *Bild* von der Gesellschaft geht es häufig um Prinzipien und Werte. „Mehr Gleichheit“ sagen die einen, „mehr Freiheit“ oder „mehr Nation“ die anderen. Und dann lässt sich gewichten wie bei den Zutaten einer Suppe. Ganz Schlaue meinen: „Bei dem, was wie ein Gegensatz aussieht, lassen sich dessen Pole in ein gedeihliches Verhältnis gegenseitiger Steigerung setzen.“

Ein Beispiel für die Prinzipien- und Werte-Rede bildet das Motto der „unteilbar“-Demonstration vom 13.10.2018 in Berlin mit 240.000 Teilnehmern: „Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung.“ Der Aufruf wendet sich gegen rechte Umtriebe,

stellt dabei jedoch die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht ins Zentrum.

Rechten Bewusstseinsformen und den Motiven, die sich in ihnen artikulieren,

kommt niemand mit Werten wie „Freiheit“ und „Solidarität“ bei. Der

„unteilbar“-Aufruf artikuliert das Selbstverständnis, man selbst hebe sich

positiv von den rechten Unsympathen ab. Sich mit den Ursachen und Gründen für deren Position auseinanderzusetzen oder

Vorschläge dafür zu liefern, wie man bei deren Anhängern diese Positionen

verändern kann – das ist nicht das Anliegen. Man stellt sich selbst als

Vertreter von Freiheit, Offenheit und Solidarität aus und wendet sich gegen

Schmuddelkinder, die aus unerfindlichen Gründen diese vermeintlich selbstverständlichen

Werte unserer Gesellschaft nicht zu teilen vermögen.

Unter

Voraussetzung gesellschaftlicher Widersprüche, der Vereinseitigung der

Individuen und der ungleichen Entwicklung ihrer „Anteile“ machen die

politisierenden Deutungen zwei Angebote: Sie überwinden subjektiv die

Intransparenz und Komplexität der Gesellschaft und suggerieren eine

Pseudo-Souveränität der Politisierenden. Der „Deutungsfuror“ bleibt ein „Stigma

der Entmächtigten“ (Anders 1993, 81). Die politische Zentralperspektive soll

die „blinde enge Teilsicht des in der Schlacht verlorenen Soldaten“ (Bourdieu

1982, 699) vergessen lassen. „Die Ablenkung bezieht ihre

Energie daraus, dass  
der Einzelne oder eine unmittelbar in einen kriegerischen  
Schritt verwickelte  
Gruppe niemals das Ganze des Krieges wahrnimmt, aber dennoch  
ein Bedürfnis nach  
Orientierung in die Produktion eines ganz willkürlichen  
Gesamtüberblicks  
eingeht. ... Es wird so getan, als gäbe es *eine* Perspektive, die  
auf den  
Krieg als Ganzes. Genau diese gibt es im wirklichen Krieg  
nirgends.“ (Negt,  
Kluge 1981, 816, 818)

Das  
politisierende Bild von der Gesellschaft erleichtert es dem  
vereinzelt  
Einzelnen, sich trotz seiner Froschperspektive einen  
politischen Reim auf das  
gesellschaftliche Geschehen zu machen. Es soll kein  
Widerspruch zwischen dem Selbstbewusstsein und dem Bewusstsein  
geben. Zum  
Selbstbewusstsein des politisierenden Durchblicks gehört ein  
Bewusstsein, welches  
das, was es wahrnimmt, so auffasst, dass es sich in ihm  
wiederzuerkennen  
vermag. Die politisierenden Deutungen „streifen den  
rätselhaften Gestalten  
menschlicher Verhältnisse ... den Schein der Fremdheit ab“ (MEW  
23, 196). Der  
Schmerz infolge der wahrgenommenen Realität verliert an  
Bedeutung angesichts  
des Gefallens an der eigenen Urteilsmächtigkeit.

**Politisieren als  
Bescheidwissen**

Mitglieder der modernen  
bürgerlichen Gesellschaft stellen sich diese als  
zusammengesetzt vor aus  
wirtschaftlichen und technologischen „Sachzwängen“ einerseits,  
politischer  
„Gestaltung“ andererseits. Der normale Bürger zeigt sich eher  
skeptisch, ob die  
„politische Gestaltung“ viel Spielraum habe vor lauter  
„Sachzwängen“. Die Fans  
des Politisierens sehen überall Möglichkeiten, auf Grundlage  
des Bestehenden  
die Gesellschaft anders zu steuern. Nimmermüde Kommentatoren  
tadeln allerhand  
politische Handlungen als „suboptimal“ oder als  
„Fehlentscheidung“. Immer schon  
wusste *Der Spiegel* seine Leser mit Manöverkritiken zum  
laufenden  
Politikbetrieb zu versorgen.

Die entsprechende Lektüre  
verschafft dem Leser den Genuss, sich politisch auf der Höhe  
der Zeit zu  
dünken. Die wirkliche oder vermeintliche Kunde von allerhand  
Pleiten, Pech und  
Pannen stärkt das Selbstbild desjenigen, der, durch die  
Lektüre entsprechender  
Journale unterstützt, gern unausgeschöpfte Möglichkeiten,  
nicht genutzte  
Chancen und einzelne Fehleinschätzungen beanstandet. Die  
gemäßigt-linke  
Variante findet sich in den Leitartikeln der *Blätter für  
deutsche und  
internationale Politik*. Albrecht Lucke hat immer einen guten  
Rat für SPD,  
Grüne und Linkspartei parat, wie sie es besser machen könnten.  
Die politische

Wirklichkeit kommt dann allein als Abweichung zu den wohlmeinenden Vorstellungen vor, die man für sie hat. „Eigentlich“ könnten doch die Beteiligten anders, wenn sie nur richtig wollten und sich an die guten Ratschläge hielten. Wenn dies optimal geschehe, so die linke Variante des Politisierens, könne man auch die kapitalistische Ökonomie durch die Politik steuern, wie der Reiter das Pferd dirigiere.

Der politisierende Verstand kann ein großes Feld von Kennerschaft und Beurteilungsvermögen kultivieren. Eines seiner Lieblingsthemen stellen Taktiken dar. Mit ihnen sollen bestehende politische Lager, Parteien und Organisationen umgruppiert, gespalten und neu zusammengesetzt werden. Die pragmatisch kontraproduktiven Effekte mancher Taktiken sind Thema im politizistischen Diskurs, nicht aber, dass es sich bei Taktiken um die Umverteilung der gegebenen Bestände handelt, die weit entfernt sind von deren substanzieller Veränderung. Auch die bei vielen Linken beliebten Wahlkämpfe „verschlingen viel Energien und bezeichnen eher einen Austausch von Legitimationen als einen politischen Produktionsprozess.“ (Negt 1980, 156)

In den Kommentaren vieler selbsternannter linker Oppositionsberater kommt die Gesellschaft allein in politisierender Perspektive vor. In ihr bilden häufig die

Handlungen das  
Hauptthema – und zwar aus der Perspektive des Handelnden.  
Diese aber verhält sich notorisch ignorant gegenüber der  
Struktur der kapitalistischen Gesellschaft.

## **Gesellschaftsstruktur des Kapitalismus**

Ich gehe im Telegrammstil vier  
für sie zentrale Momente durch.

- Die kapitalismusspezifischen *Trennungen* betreffen z. B.
  - die Unabhängigkeit und Isolation der Marktakteure voneinander,
  - die Dominanz der Nachfrage der vereinzelt Einzelnen nach individuell erwerbbaeren Gütern (z.B. Auto) zulasten der kollektiven Nachfrage nach Kollektivgütern (z.B. öffentlicher „Nah“verkehr),
  - den gegenseitigen Ausschluss durch Privateigentum,
  - die Interessengegensätze zwischen Produzenten und Konsumenten sowie zwischen diesen beiden (z.B. Autofabriken und Autofahrern)

einerseits und mittelbar von den  
problematischen Folgen dieser Produktion und Konsumation  
Betroffenen  
andererseits,

– die gegenseitige Verdrängung  
in der Konkurrenz,

– die Trennung zwischen den  
Arbeitenden und den Produktionsmitteln.

· Die  
kapitalismusspezifischen *Verselbständigungen* betreffen bspw.

– die Verselbständigung des  
Geldes vor dem Hintergrund der Unabhängigkeit der  
Marktteilnehmer voneinander  
und ihres privatinteressiert-instrumentellen Bezugs zueinander  
sowie der Notwendigkeit, den abstrakten Reichtum nur  
durch Vermehrung erhalten zu können,

– den Übergang vom Wettbewerb,  
in dem es um die effizienteste Bewerksstellung eines  
bestimmten  
Arbeitsauftrags geht, zur Konkurrenz, in der die  
Arbeitsinhalte Mittel zum  
Erfolg in der Konkurrenz und ihm untergeordnet werden.

· Die  
kapitalismusspezifischen *Widersprüche, die Dynamiken in Gang  
setzen*. Wachstum wird

im Kapitalismus nötig, um den durch den geringeren Anteil von lebendiger Arbeit (an den Gesamtaufwendungen für die Produktion) verursachten Fall der Profitrate (als Verhältnis zwischen Mehrwert und insgesamt aufgewandtem Kapital) durch Zunahme der Profitmasse zu kompensieren. Die Nachfrage nach Arbeit muss absolut zunehmen, weil sie relativ (beim einzelnen Produkt) sinkt. Wachstum wird im Kapitalismus nötig als Bewegungsform für diese Widersprüche. Sie werden nicht gelöst, sondern reproduzieren sich auf höherer Stufenleiter. Die Kapital-Akkumulation ist nicht durch Motive der Kapitalisten (z.B. „Gier“) zu erklären.

· Eigendynamische, *selbstverstärkende*

*Prozesse der Selbstreproduktion: „Teufelskreise“* bzw. die gegenseitige, positive Verstärkung zweier Momente finden wir im Kapitalismus

bspw. Zwischen

– der Fokussierung auf das Privateigentum und dem schlechten Zustand

der Gemeingüter,

– der Schwächung bestimmter sozialer Motive,

Fähigkeiten und Zusammenhänge durch Märkte und der Legitimation von Märkten im

Hinweis auf die Schwäche der Sozialität,

– dem Druck der Konkurrenz

auf die Konkurrenten und der Verstärkung dieses Drucks durch



die Maßnahmen

jedes Konkurrenten, sich in der Konkurrenz durchzusetzen. Die Konkurrenten

verhalten sich wie auf einer nach unten laufenden Rolltreppe.

Sie strampeln, um

nicht nach unten abgedrängt zu werden und fördern durch ihr Strampeln die

Bewegung der Rolltreppe.

### **Missverständnisse in puncto**

### **Gesellschaftsstrukturen**

Gesellschaftsstrukturen

resultieren nicht aus der erweiterten Interaktion von Individuen, sondern geben

den Rahmen für diese Interaktionen vor. „Die expansive Dynamik der

kapitalistischen Produktionsweise kann nicht aus den Absichten ihrer ‚Träger‘

begriffen werden, vielmehr sind diese analytisch auf die strukturdeterminierten

Handlungsmöglichkeiten und -imperative zu beziehen.

Gesellschaftliche Prozesse

vollziehen sich über das Handeln menschlicher Subjekte, gleichsam ‚durch ihr

Bewusstsein hindurch‘, ohne deshalb auf Bewusstsein und Intentionalität

zurückführbar zu sein.“ (Koczyba 1979, 184)

Adorno unterscheidet zu Recht

Gesellschaftstheorie von einer Geisteswissenschaft. „Die Fragen, mit denen sie

sich zu beschäftigen hat, sind nicht wesentlich und primär solche des

Bewusstseins oder auch selbst Unbewusstseins des Menschen, aus denen die Gesellschaft sich zusammensetzt. Sie beziehen sich vorab auf die Auseinandersetzung zwischen Menschen und Natur und auf objektive Formen der Vergesellschaftung, die sich auf den Geist im Sinn einer inwendigen Verfassung des Menschen keineswegs zurückführen lassen.“ (Adorno 1979, 481f.)

Bei den Strukturen der Gesellschaftsformationen haben wir es mit bestimmten sozialen Sachverhalten zu tun, die sich zwar in sinnhafte Erwartungen und andere bedeutungsvolle Bewusstseinsinhalte umsetzen, selbst aber keine darstellen. Gesellschaftsformen sind nicht als Ausdruck von Weltanschauungen oder kollektiven Mentalitäten zu begreifen. „Der Kapitalismus z.B. ist nicht Unternehmensgeist + Profitgier + protestantische Ethik usw., sondern ein Ensemble von gesellschaftlichen Verhältnissen.“ (Sève 1973, 262) Eine „unmittelbar sichtbare und denkbare Übereinstimmung zwischen ... dem konkreten Individuum und dem Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (ebd.) fehlt. Gerade diese Übereinstimmung fingiert das Politisieren mit seinen Deutungen.

Gegenüber einer vorschnellen Feier der Kreativität des individuellen Handelns gilt es an den „stummen Zwang der Verhältnisse“ (MEW 23, 765) zu erinnern: „Erst müssen wir herausbekommen,

über welche Zwänge und Vermittlungen der Einzelne sich als  
,soziales Geschöpf  
der Verhältnisse' reproduziert, erst dann wird die Art und  
Weise verständlich,  
in der ,er sich auch subjektiv über sie erheben' (MEW 23, 16)  
kann.“ (Ottomeyer  
1976, 337f.) Die subjektive Distanz des Individuums zu  
auszufüllenden Rollen  
ist nicht mit einer Distanz zu den Gesellschaftsstrukturen zu  
verwechseln.

## **Doppelcharakter und Widersprüche**

Politisierende linke  
Oppositionsberater verbleiben oft bei ihrer Frage, was sich  
ändern kann, auf  
der Ebene der Auseinandersetzungen sowohl zwischen  
verschiedenen politischen  
Parteien und Gruppen als auch in ihnen. Etwas anderes ist die  
Frage nach dem  
grundlegenden Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft.  
Er verläuft  
zwischen der Verwertung des Kapitals und den dafür nötigen  
Fähigkeiten,  
Bedürfnissen, Kooperationszusammenhängen und (Er-)Kenntnissen.  
Zur Verwertung  
des Kapitals müssen (subjektive und objektive) Produktivkräfte  
entwickelt und  
genutzt werden. Sie beinhalten Potenzen, erfordern  
Vorleistungen und regen  
möglicherweise Nachverarbeitungen und Erfahrungen an, die in  
vielfältige  
Spannungen zum Verwertungskriterium geraten können.

Die gegenüber der politisierenden Perspektive betonte Aufmerksamkeit für die gesellschaftlichen Strukturen und Formen impliziert nicht die Position, die Strukturen seien ewig und widerspruchsfrei. Das Widerspruchspaar Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse eignet sich als zusammenfassende Formel, wenn Produktivkräfte nicht eingeschränkt werden auf den „technischen Fortschritt“. Vielmehr umschließen sie auch „die produktiven Energien, Qualifikationen und Betätigungsansprüche“ von relevanten Gruppen in der Gesellschaft (Fleischer 1987, 29). Ich habe in „Wie der Kapitalismus unnötig werden kann“ (Münster 2014, 35 ff.) materialiter ausgeführt, welche Gruppen und welche Widersprüche dies gegenwärtig sind bzw. sein können.

### **Das „Primat der Politik“**

Nicht nur Konsumenten von Verschwörungstheorien sind auf der Suche nach Personengruppen, die sich als lenkendes Subjekt des Geschehens dingfest machen lassen. Auch Linke vertreten die These, „die Herrschenden“ könnten über die grundlegenden Gesellschaftsstrukturen bestimmen. „Wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten“ stellen für Alex Demirovic (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Rosa-Luxemburg-Stiftung) „Freiheit dar, allerdings die Freiheit einer kleinen Zahl von Menschen, die

diese

Gesetzmäßigkeiten maßgeblich gestalten und davon profitieren.

Wenn die

wirtschaftlichen Prozesse Ergebnis von Entscheidungen sind, dann liegt es nahe,

diese Entscheidungen zu demokratisieren.“ (Demirovic 2007, 256)

„Wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten“, so lesen wir, sind also keine

Gesetzmäßigkeiten, sondern ... „Freiheit“.

In diesem voluntaristischen

Horizont (die einen haben die „Freiheit“ schon, die anderen sollen sie sich

einfach ... nehmen) lautet dann die Perspektive: Lasst uns den autokratischen

und unsolidarischen Willen einer kleinen Minderheit durch den Willen der

Mehrheit ersetzen! Daniela Dahn formuliert das so: „Der Auftrag der

Sammlungsbewegung (gemeint ist: „Aufstehen“ – Verf.) wäre, das Primat der

Politik zurückzuerobern.“ (*Neues Deutschland* 18.8.2018) Das Wort

„zurückerobern“ (Dahn) suggeriert die frühere Existenz des „Primats der

Politik“. Gemeint ist wohl nicht die DDR, sondern eine Vergangenheit, als noch

der vermeintlich gute Sozialstaat existierte. Vgl. dazu meinen Artikel „Die

Idealisierung der Staatspolitik und des Sozialstaats in der Kritik am

„Neoliberalismus““ (*Telepolis* 2017,

[www.meinhard-creydt.de/archives/704](http://www.meinhard-creydt.de/archives/704)). „Primat der

Politik“ heißt für Sahra Wagenknecht, einzutreten für „risikolose Geldanlagen“

mit einer „Rendite“, die dem Anleger erlaubt, ein „Vermögen anzusparen“ (*Berliner Zeitung* 4.8.2018), – als ob eine solche Anlageform im Kapitalismus existieren könnte. Da fehlt nur noch die Hoffnung auf Atomkraft ohne Radioaktivität.

Keine

Gesellschaftsformation kann auf dem „Primat der Politik“ gründen. Das rechtliche, das politische und das moralische Bewusstsein lassen sich erst aus den ihnen zugrunde liegenden gesellschaftsformationsspezifischen Strukturen der Produktions- und Reproduktionsverhältnisse begreifen. Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, denen Recht, Politik und Moral besonders am Herzen liegen, fühlen sich mit ihnen über die Ökonomie erhaben und nehmen diese als Mittel und äußere Bedingung für die höheren Zwecke wahr. Recht, Politik und Moral gelten dann als Ordnungen, die allem wirtschaftlichen Pragmatismus erst den höheren Sinn sowie Ziel und Form geben – wenn nicht faktisch, so doch „eigentlich“. Die Verhältnisse zwischen kapitalistischer Ökonomie und Recht, Politik, Moral und Kultur bilden jedoch die Aufbauordnung der modernen bürgerlichen Gesellschaft. (Für eine Skizze dieser Ordnung siehe [www.meinhard-creydt.de/archives/87](http://www.meinhard-creydt.de/archives/87). Für Literaturhinweise zu vielen auch heute noch lesenswerten Analysen dazu vgl. [www.meinhard-creydt.de/archives/75](http://www.meinhard-creydt.de/archives/75))

Viele Linke

bewegen sich in den analysierten und kritisierten Mentalitätsformen ebenso naiv wie affirmativ. Die systematischen Verkehrungen, die den rechtlichen, politischen und moralischen Mentalitäten in der modernen bürgerlichen Gesellschaft eigen sind, immer wieder durchzuarbeiten, um ihnen nicht zu verfallen – das gilt vielen Linken nicht als Aufgabe. Dabei gilt die These, die Menschen können ihre „Lebenslage nur vollständig selbst erkennen, wenn sie die Dinge ohne juristisch gefärbte Brille ... anschauen“ (MEW 21, 494), auch für den politisierenden und moralisierenden Verstand. Das Politisieren ist umso beliebter, je weniger der Betroffene ein reflexives Verhältnis zum Politizismus hat, also zum mystifizierten Schein des Politischen. „Der politische Verstand ist eben politischer Verstand, weil er innerhalb der Schranken der Politik denkt.“ (MEW 1, 402) Viele Kommentatoren und Politikenthusiasten wie Albrecht Lucke schreiben sich selbst das Sorgerecht für den politischen Betrieb zu, der unter den Politikern der parlamentarisch dominierenden Parteien zu leiden habe und bei solch suboptimalem Personal nicht zu voller Form auflaufen könne. Sie sorgen sich um den politischen Betrieb, nicht wegen ihm. Statt einer Kritik am Politischen in der bürgerlichen Gesellschaft finden wir die Zuschreibung, selbst der bessere Politiker zu sein oder wenigstens der optimale Politikcoach.

## **Die frohe Botschaft vom Primat der Freiheit**

Die politisierende Pseudosouveränität meint, in vermeintlicher Unabhängigkeit vom „stummen Zwang der Verhältnisse“ (MEW 23, 765) über die Entwicklung der Gesellschaft in aller „Freiheit“ „entscheiden“ (Demirovic) zu können. Die Politik und die Demokratie der bürgerlichen Gesellschaft verhalten sich zu den mit der herrschenden Arbeitsteilung, der Konkurrenz und den Entwicklungsmaßstäben des abstrakten Reichtums implizierten Spaltungen, Hierarchien und Bornierungen, indem sie „sich auf eine abstrakte und beschränkte, auf partielle Weise über diese Schranken erheben“ (MEW 1, 354) und sie für „unpolitisch“ bzw. die Demokratie nur äußerlich tangierend erklären.

Den der bürgerlichen Gesellschaft eigenen Formen des politischen Bewusstseins und der Politik sind Momente des Scheins eigen. „Schein“ heißt: Etwas real Unselbständiges wird von seinen konstitutiven und reproduktiven Zusammenhängen abgelöst, als unmittelbar und selbständig wahrgenommen. Das solcherart Erscheinende dreht sich in sich selbst ein. „Materialistische Kritik“ gilt der „Verblendung der Unmittelbarkeit“, die „ideologisch die eigenen Vermittlungen“ nicht wahrhaben wolle (Adorno 1970,



384). Politizismus

ist der Blick auf die Politik, die ihrem Schein verhaftet bleibt. Ästheten

betrachten vieles ästhetizistisch, Technikern gilt allerlei als technisches

Problem und Politisierende kommen nicht über die Grenzen der politischen „Perspektive“

hinaus.

## **Handlungstheorie und Politik**

Die erscheinende Unmittelbarkeit

und Autonomie des Rechts, der Politik und der Moral in der bürgerlichen

Gesellschaft gegenüber der für sie konstitutiven „weltlichen Grundlage“

resultiert aus deren „Selbstzerrissenheit“ (MEW 3, 6). Das Selbst- und

Weltverständnis der Individuen ist aus den ihm zugrundeliegenden

gesellschaftlichen Strukturen und Formen zu erklären – vgl. Marx' Analyse der

Bewusstseinsformen in seiner „Kritik der Politischen Ökonomie“.

„Es ist ... nicht

der Mensch, der sich selbst über die Realität täuscht, es ist die Realität, die

ihn dadurch täuscht, dass sie unvermeidlich in einer Form erscheint, die sich

dem spontanen Bewusstsein der in der Geschäftswelt lebenden Menschen auf

verdrehte Weise zeigt und verbirgt.“ (Godelier 1977, 170)

Die Auffassung des

Individuums als Subjekt seiner Handlungen knüpft an der Praxis der Individuen an, die gesellschaftliche Realität und ihr eigenes Handeln in ihr im Horizont *ihres* Bewusstseins zu deuten. Dann gilt z.B. Lohnarbeit als „Mittel“ des Individuums. Die Teilnahme am Erwerbs- und Geschäftsleben erscheint als Gelegenheit, die eigenen „Chancen“ zu realisieren und zu zeigen, „was in einem steckt“. Die „Marktwirtschaft“ gilt als Ausdruck der Freiheitsidee bzw. als ihre Ermöglichung. Die Spekulation über „die Stellung der Einzelnen zu diesen gesellschaftlichen Verhältnissen, die Privat-Exploitation einer vorgefundenen Welt durch die einzelnen Individuen“ (MEW 3, 398) verstellt die Aufmerksamkeit für die Gesellschaftsstrukturen.

Zirkulär ist die populäre Auffassung, „dass unter den existierenden Bedingungen die jetzigen Verhältnisse der Menschen zueinander die vorteilhaftesten und gemeinnützlichsten seien“ (MEW 3, 399). Zum Privatinteresse der Teilnehmer am kapitalistischen Erwerbs- und Geschäftsleben gehört die Meinung, sich „der Verhältnisse“ zu „bedienen, in die sie als Dienende eintreten. Sie benutzen die Bedingungen, die ihnen fremd gegenüberstehen. Ihre Anpassung ist hier eine Funktion ihres partikularen Interessenskalküls, ... ihre Unterwerfung das Instrument zur Verwirklichung ihrer Souveränität als nutzenmaximierender Subjekte. In dieser Hinsicht synthetisiert

die

utilitaristische Praxis den Zwang zur Anpassung mit der Souveränität einer

Funktionalisierung aller Umweltbezüge für privatisierte Interessen und markiert

somit eine spezifische Form der Verschränkung von Heteronomie und Autonomie.“

(Prodoehl 1983, 131) Die Selbstauffassung der Individuen in der bürgerlichen

Gesellschaft als ihr individuelles Leben führende Subjekte verdankt sich dieser

Verdrehung des Bewusstseins.

Zur Subjektform

trägt der Stellenwert bei, den der Wille durch die Verallgemeinerung von

Vertragsverhältnissen in der kapitalistischen Gesellschaft gewinnt. Auch die

Bewusstseinsformen des Rechts, der Politik und der Moral tragen zur Vorstellung

bei, in der kapitalistischen Gesellschaft werde nicht nur *mit*, sondern *aus*

Willen und Bewusstsein gehandelt. „Auf den verschiedenen Formen des

Eigentums, auf den sozialen Existenzbedingungen erhebt sich ein ganzer Überbau

verschiedener und eigentümlich gestalteter Empfindungen, Illusionen, Denkweisen

und Lebensanschauungen. ... Das einzelne Individuum, dem sie durch Tradition und

Erziehung zufließen, kann sich einbilden, dass sie die eigentlichen Bestimmungsgründe

und den Ausgangspunkt seines Handelns bilden.“ (MEW 8, 139)

Die Auffassungen,

in denen sich das Individuum bewegt, nimmt es als durch ein wie auch immer

geartetes „Denken erzeugt hin“ und „untersucht es nicht weiter auf seinen  
entfernteren, vom Denken unabhängigen Ursprung; und zwar ist ihm das  
selbstverständlich, da ihm alles Handeln, weil durch's Denken vermittelt, auch  
in letzter Instanz im Denken begründet erscheint“ (MEW 37, 97).

In der scheinhaften  
Autonomie des Politischen ist „beides enthalten, die freie von  
allem  
abstrahierende Reflexion und die Abhängigkeit von dem  
innerlich oder äußerlich  
gegebenen Inhalte und Stoffe“ (Hegel Bd. 7, 66). Im  
Unterschied  
zur Ökonomie, welche die höchste Aktivität der Einzelhandlung,  
aber Passivität  
dem gesamtwirtschaftlichen Ablauf gegenüber erfordert, ist in  
der bürgerlichen  
Gesellschaft in der Politik die Regelung des Allgemeinen  
gefragt.

Der Politizismus überschätzt  
notorisch die Bedeutung der Subjekte und ihres Willens. „Bei  
der Untersuchung  
staatlicher Zustände ist man allzu leicht versucht, die ...  
Verhältnisse zu übersehen, und alles aus dem  
Willen der handelnden Person zu erklären. ... Stellt man sich  
von vornherein auf diesen  
sachlichen Standpunkt, so wird man den guten oder den bösen  
Willen weder auf  
der einen noch auf der anderen Seite ausnahmsweise  
voraussetzen, sondern  
Verhältnisse wirken sehen, wo auf den ersten Anblick nur

Personen zu wirken  
scheinen.“ (MEW 1, 177)

Die Naturwüchsigkeit und  
Profitorientierung der kapitalistischen Ökonomie macht eine  
sekundäre  
politische Bearbeitung der in ihrer Substanzeigenständigen  
Ökonomie  
nötig. Die rechtlichen Rahmenbedingungen und das staatliche  
Gewaltmonopol sind  
zu sichern. Der Staat sorgt als Ausfallbürge idealiter für  
jene Teilmenge des  
nicht (oder nicht in ausreichendem Ausmaß) kapitalistisch  
Bereitstellbaren  
(Infrastrukturen und Sozialleistungen i. w. S.), dessen Mangel  
die  
kapitalistischen Geschäfte selbst mittelbar negativ tangieren  
würde. In der  
staatlichen Politik geht es weiterhin um Integration und  
Kursbestimmung des  
Gemeinwesens. Freiheitsgrade weist das politische Handeln  
insofern auf, als es  
verschiedene Einschätzungen geben kann, was ökonomisch-  
politisch förderlich ist  
und was nicht. Nicht nur aufgrund der Prognoseprobleme,  
sondern weil auch „das“  
einheitliche Verwertungsinteresse sozial nicht existiert,  
sondern nur als „in sich widersprüchliches Konglomerat  
von Einzelinteressen“ (Wirth 1973, 38). Guenther Sandleben  
(2011) arbeitet dies  
in seiner lesenswerten Studie an der deutschen  
Wirtschaftspolitik zur  
Bewältigung der Wirtschaftskrise 2007/2008 heraus.

Zudem sorgen die Widersprüche

der kapitalistischen Akkumulation für Zielkonflikte. Der Dienst der Politik für die Funktionserfordernisse kapitalistischer Akkumulation ist nicht („funktionalistisch“) mit der Garantie verbunden, dass Politiker das Erforderliche treffsicher identifizieren und effizient in erfolgreiches Handeln umsetzen. Der Politizismus überschätzt die Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Optionen und Varianten – zulasten einer Vergegenwärtigung der übergreifenden und durch systemimmanentes politisches Handeln nicht erreichbaren Gesellschaftsstrukturen.

In Anlehnung an Laclau und Mouffe heißt es: „Die Ökonomie selbst ist ... ein Kampffeld, das keine anderen ‚Bewegungsgesetze‘ kennt als die, welche einem Feld antagonistischer Kräfte entstammen. Auch der ökonomische Raum konstituiert sich ausgehend von einem politischen Kräfteverhältnis.“ (Sonja Buckel 2006, 35) Gewiss spricht nichts dagegen, Kräfteverhältnisse zu analysieren. Etwas ganz anderes ist jedoch die These, Gesellschaftsstrukturen und die ökonomische Gesetze des Kapitalismus seien auf „politische Kräfteverhältnisse“ zurückzuführen.

### **„Hauptsache Perspektive“**

Der Politizismus ordnet sich als Wille und

Vorstellung der Gesellschaft über. „Das Prinzip der Politik ist der Wille. Je einseitiger ... der politische Verstand ist, um so mehr glaubt er an die Allmacht des Willens, ... umso unfähiger ist er also, die Quellen sozialer Gebrechen zu entdecken.“ (MEW 1,402)

Ein Beispiel: Die grüne Parteistiftung lud Christian Felber letzten Oktober zu einer Veranstaltung nach Berlin ein. Felber vertritt ein „Gemeinwohlökonomie“-Konzept mit einerseits teilweise recht weit gesteckten Zielen und andererseits der Versicherung, überall seien heute schon Projekte in dieser Richtung erfolgreich unterwegs. Die „Gemeinwohlbilanz“ – das Kernstück des Konzepts – werde von immer mehr Firmen aufgestellt, so auch von der großen Sparda-Bank. Felber bringt das seine Hoffnungen vermeintlich belegende Beispiel bei jedem Auftritt. Das Entscheidende verschweigt er. Der Sparda-Chef Helmut Lind kürzt aus der „Gemeinwohlbilanz“ die kapitalismuskritischen Momente heraus. „In letzter Konsequenz würden sie bedeuten, dass wir auf einen Sozialismus zusteuern sollten. Allen gehört alles. Das ist mir zu extrem, zu dogmatisch.“ (Lind, zit. n. Winkelmann 2016, 36f.) Der politizistische Projektemacher ist „so ausschließlich mit seinen Hoffnungen beschäftigt, dass ihm nichts, was ihnen widerspricht, jemals wahr, eindeutig und spürbar genug erscheint“ (Ben Johnson).

Die grünen Funktionäre, die Felber in Berlin einluden, nehmen zwar die weitreichenden Vorstellungen von Felber nicht ernst, zeigten sich aber befriedigt, dass ein „Mann mit Visionen“ viel junges Volk in die Veranstaltung zieht. Was es mit der „Perspektive“ genauer auf sich hat, das ist dann nachrangig. Ähnlich wie bei vielen Christen handelt es sich um den „Sieg des Glaubens als seelischer Tätigkeit über den Glauben als inhaltliches Credo“ (Anders 1988, 371). Die visions and missions fungieren wie Sonntagsreden. Sie geben denjenigen am Werktag Trost und Sinn, die sich an mehr orientieren wollen als an pragmatischem Handeln.

Die hier skizzierten Elemente des Politizismus sind: Die Werte- und Prinzipienrede, die die Gesellschaftsstrukturen ausblendende Verengung der Aufmerksamkeit auf Handlungen, die Überschätzung politischer Autonomie gegenüber den Zugzwängen der kapitalistischen Ökonomie sowie die fiktive „Perspektive“. Der Politizismus praktiziert „eine fortwährende Ablenkung, die nicht einmal zur Besinnung kommen lässt, wovon sie ablenkt“ (Kafka).

## **Literatur**

*Adorno, Theodor W. 1970:  
Ästhetische Theorie, Frankf./M.*



*Adorno, Theodor W. 1979:  
Soziologische Schriften, Bd. 1, Frankf./M.*

*Anders, Günter 1988: Die Antiquiertheit  
des Menschen, Bd. 2, München.*

*Anders, Günther 1993:  
Mensch ohne Welt – Schriften zur Kunst und Literatur, München.*

*Bader, Veit Michael;  
Berger, Johannes; Ganßmann, Heiner u.a. 1976: Einführung in  
die  
Gesellschaftstheorie, Bd. 1, Frankf./M.*

*Bourdieu, Pierre 1979: Die  
feinen Unterschiede, Frankf./M.*

*Buckel, Sonja 2006:  
Neo-Materialistische Rechtstheorie, in: Dies., Ralph  
Christensen, Andreas  
Fischer-Lescano (Hg.): Neue Theorien des Rechts, Stuttgart.*

*Demirovic, Alex 2007: Wirtschaftsdemokratie, in:  
Ulrich Brand, Bettina Lösch, Stefan Thimmel (Hg.): ABC der  
Alternativen,  
Hamburg.*

*Fleischer, Helmut 1987:  
Ethik ohne Imperativ. Zur Kritik des moralischen Bewußtseins,  
Frankf./M.*

*Godelier, Maurice 1977:  
Perspectives in Marxist Anthropology, New York.*

*Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Werke. Hg. v. Eva  
Moldenhauer, Karl Markus Michel, Frankf./M. 1970.*

*Hindess, Barry; Hirst,  
Paul 1981: Vorkapitalistische Produktionsweisen, Frankf./M.*

*Koczyba, Hermann 1979:  
Widerspruch und Theoriestructur, Frankf./M.*

*Negt, Oskar 1980: Alternative Politikformen als  
politische Alternative?, in: Roland Roth (Hg.):  
Parlamentarisches Ritual und  
politische Alternativen, Frankf./M.*

*Negt, Oskar; Kluge,  
Alexander 1981: Geschichte und Eigensinn, Frankf./M.*

*Ottomeyer, Klaus 1976:  
Antikritisches zu Rainer Paris, in: Gesellschaft – Beiträge  
zur Marxschen  
Theorie, Bd. 8/9, Frankf./M.*

*Prodoehl, Hans Gerd 1983:  
Theorie des Alltags, Berlin.*

*Sandleben, Guenther 2011:*

*Politik des Kapitals in der Krise. Eine empirische Studie, Hamburg.*

*Sève, Lucien 1977: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankf./M.*

*Winkelmann, Marc 2016:*

*Auf's Ganze, in: Enorm – Wirtschaft. Gemeinsam. Denken. 7. Jg., H. 1, Hamburg.*

*Wirth, Margaret 1973: Zur*

*Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Prokla, H. 8/9.*